

Interview mit Peter Schieder in Luxemburger Wort (24. Januar 2002)

Quelle: Luxemburger Wort. 24.01.2002. Luxemburg.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: http://www.cvce.eu/obj/interview_mit_peter_schieder_in_luxemburger_wort_24_januar_2002-de-fca23bf7-da2e-48a6-b5ec-3df53cd61126.html

Publication date: 19/09/2012

„Der Europarat hat noch eine lange Zukunft vor sich“

Interview mit dem neuen Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Peter Schieder

GeWe – Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat in dieser Woche den österreichischen Sozialisten Peter Schieder zu ihrem neuen Präsidenten gewählt. Er löst den britischen Konservativen Lord Russell-Johnston ab. Der 1941 in Wien geborene frühere Journalist, der Mitglied der österreichischen Regierung war und heute dem SPÖ-Bundesvorstand angehört, war bereits in den siebziger Jahren Mitglied der Parlamentarischen Versammlung, der er seit 1987 erneut angehört. Seit 1995 war er Fraktionsvorsitzender der Sozialistischen Gruppe. Das „Luxemburger Wort“ gehört zu den ersten Zeitungen, denen Peter Schieder nach seiner Wahl ein Interview gab.

LW: Mit einem neuen Präsidenten ist in der Regel auch eine veränderte programmatische Weichenstellung verbunden. Welche Schwerpunkte haben Sie sich für ihre Arbeit gesetzt?

Peter Schieder: Ich glaube, dass die Gestaltung nicht nur von den Personen abhängt, sondern vom gesamten Zustand Europas, und es gibt deshalb zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedliche Schwerpunkte. Gab es hier vor einigen Jahren noch die Sorge des Fortbestehens des Europarates, so ist diese, so glaube ich, inzwischen überholt. Ich denke, es setzt sich durch, dass der Europarat eine Notwendigkeit ist. Es setzt sich durch, dass wir aus demokratischer Überzeugung nicht zulassen können, dass es eine Hälfte Europas gibt, die sich stark eint und eine andere Hälfte, die für Jahrzehnte in Vorzimmern sitzt und nicht auf derselben Ebene demokratisch mitbestimmen kann. Deshalb ist auch aus diesem, aber nicht nur aus diesem Grund sicherlich noch eine sehr lange Zukunft des Europarats zu erwarten. Das heißt, wir müssen die Aufgaben, die sich speziell für uns stellen, erfüllen.

An demokratische Vorgehensweisen gewöhnen

LW: Was heißt das konkret?

Peter Schieder: Das bedeutet die Neuaufnahmen und die Hilfe für die Länder, die vor der Tür stehen (Bosnien-Herzegowina, Jugoslawien, Monaco), damit sie wirklich guten Gewissens aufgenommen werden können. Zweitens, die Bedingungen, die wir ein bisschen herabgesetzt haben für die Aufnahmen, weil wir sagten, drinnen können sie sich dann zu Demokratien und Rechtsstaaten entwickeln, und da müssen wir dann genau schauen und streng sein. Darüber hinaus gibt es latente Krisenherde in Europa, das ist der Balkan, das ist der Kaukasus, das sind auch einige andere Staaten. Hier müssen wir sehr praktisch arbeiten, große Reden halten wir alle genug. Hier aber wird praktische Hilfe benötigt. Wir müssen die Leute erst einmal an die demokratischen Vorgehensweisen gewöhnen. Das sind unsere Aufgaben aus kontinentaler Sichtweise.

LW: Und welche sind es intern?

Peter Schieder: Wenn ich mir für die Versammlung diese Frage stelle, dann ist es sicherlich das Wichtigste, dass wir ihre Rechte ausweiten. Das ist eine Herausforderung nicht für uns allein, sondern für alle internationalen Einrichtungen, denn ich bin fest davon überzeugt, dass, wenn es den parlamentarischen Einrichtungen in internationalen Organisationen nicht gelingt, über die Rolle, die sie derzeit spielen hinaus zu kommen – verglichen mit der Parlamentarismusgeschichte vom 19. Jahrhundert in das 20. Jahrhundert – dann haben diese Organisationen auf Dauer keine Chance und keine Berechtigung bei den Bürgern.

Bessere Verbindungen mit Nationalparlamenten

Das Zweite nach Innen wird sein, dass wir nicht glauben, dass wir Politiker das allein Seligmachende sind. Wir müssen also in unsere Arbeit Wissenschaftler, Nichtregierungsorganisationen und, wie man jetzt sagt, Global organisations, einbeziehen und damit mehr öffentliche Meinung. Aber wir müssen auch die Verbindung mit den nationalen Parlamenten verbessern, über die eingefahrenen bürokratischen Abläufe

hinaus. Das muss sehr viel offener werden und damit vielleicht auch interessanter für die Bürger, aber auch für Journalisten. Dann können wir auch besser darstellen, was uns unverwechselbarer macht: Menschenrechte, Minderheitenrechte, soziale und kulturelle Entwicklungen.

Auf europäischer Ebene fortschrittlicher als zu Hause

LW: Aber wird das den normalen Bürger wirklich interessieren?

Peter Schieder: Ich meine schon. Denn viele Parlamentarier sind hier auf der europäischen Ebene fortschrittlicher als zu Hause, hier bringen wir mehr durch als sie allein in ihren Parlamenten durchsetzen. Hier müssen sie weniger Rücksichten auf traditionelle Wählerschichten nehmen. Zum Beispiel, in der Frage der Behandlung der Roma sind manche fortschrittlicher als im eigenen Land, oder auch bei der Rechtsstellung von Homosexuellen, Lesben und Schwulen. Das müssen wir nutzen. Wir müssen sie herkommen lassen, hier eine gemeinsame europäische Linie entwickeln und das dann in die Gesetzgebung der einzelnen Länder zurückspielen. Über diesen Umweg können wir unsere Gesellschaft ein bisschen weiterentwickeln. Das ist oft ein wenig lästig, insgesamt aber eine wunderschöne Aufgabe.

LW: Bei der von Ihnen angesprochenen Ausweitung der Rechte der Versammlung, wo sehen Sie da überhaupt Ansatzpunkte? Das Ministerkomitee als verlängerter Arm der 43 Regierungen wird das doch kaum wollen.

Das Ministerkomitee ist nicht transparent

Peter Schieder: Das Problem ist doch; dass dieses Ministerkomitee (die Außenminister der 43 Mitgliedstaaten) hinter verschlossenen Türen tagt und nicht transparent ist, dass wir nicht kontrollieren können, was dort geschieht, dass wir deshalb die Verantwortlichen nicht zur Rede stellen können. Das ist eigentlich furchtbar. Man steigt in eine Kutsche ein, von der man nicht weiß, wohin sie fährt, und wer auf dem Kutschbock sitzt. Das müssen und wollen wir ändern.

LW: Nach dem 11. September steht unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung die Achtung der Menschenrechte nicht eben hoch im Kurs. Sollte sich der Europarat deshalb nicht wieder verstärkt auf dieses Thema konzentrieren, wo er die größte Kompetenz hat?

Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte

Peter Schieder: Sie haben vollkommen Recht, dies wird ein Prüfstein sein für den Europarat, aber es wird nicht einfach sein, denn allgemein denkt man in Europa jetzt: Wie machen wir das, wenn wir den Terrorismus bekämpfen, dass die Menschenrechte nicht all zu stark eingeschränkt werden? Das sind die Fortschrittlichen. Viele aber sagen, Terrorbekämpfung geht vor: Menschenrechte auf ein Minimum reduzieren. Aber die wirkliche Herausforderung besteht doch darin, beides weiter zu entwickeln: Bessere Terrorismusbekämpfung plus Ausweitung der Menschenrechte. Das kann man nicht mit einem Beschluss machen, sondern dafür muss man im Detail nachweisen, wie das geht. Intensivere Bekämpfung des Terrorismus, bessere Polizeiarbeit, mehr Sicherheit für die Bürger, aber gleichzeitig mehr Offenheit, mehr Kontrolle aber nicht weniger Bürgerrechte. Ich meine, das muss machbar sein, denn sonst wird unsere Gesellschaft eine furchtbare Entwicklung nehmen. Um das zu schaffen, reichen aber nicht wohlmeinende Abgeordnete und auch nicht wohlmeinende Botschafter, da brauchen wir Experten, die Modelle ausarbeiten. Das kann eine neue begleitende Kontrolle oder mehr Transparenz sein oder eine Übertragung von Rechten von einem Gebiet in ein anderes sein oder gar ganz neue Formen von Rechten. Wir müssen uns den Kopf zerbrechen, denn resignieren heißt, die Entwicklung unserer Gesellschaft aufgeben.

LW: Könnte ein Weg auch der Einsatz des für die neuen Mitgliedstaaten entwickelte Monitoring-Systems sein, indem es für alle Staaten mit dem Ziel der Überprüfung eingesetzt wird, ob die Terrorismusbekämpfung im Einklang mit den Normen des Europarats steht?

Peter Schieder: Nein, ich glaube nicht, dass das Monitoring-System geeignet ist. Dies ist eher zur

Überprüfung des Verhaltens eines Staates insgesamt in der Gesetzgebung und in deren Vollziehung geeignet. Was wir hier entscheiden müssen, liegt auf einer anderen Ebene. Es geht um polizeiliche oder technische Maßnahmen. Wie schützt man beispielsweise dennoch das Telefonieren vor ungerechtfertigtem Abhören oder die Internetkommunikation? Bereiche, wo wir noch keine Rechte geschaffen haben, wo jetzt die Überwachung kommt. Da muss die Frage beantwortet werden, wer kontrolliert das in Zukunft und wie wird ein Missbrauch bestraft? Das wird eine Regelung sein, welche die Gesetzgebung, die Polizeiarbeit, den Datenschutz und das System des Ombudsmanns betrifft. Wie wir das machen können, auch darüber müssen wir Fachleute an unserer Arbeit beteiligen.

Abschaffung der Todesstrafe

LW: In Ihrer Antrittsrede haben Sie die Ausweitung der Zusammenarbeit mit nicht-europäischen Staaten angekündigt und als Bedingung die Abschaffung der Todesstrafe verlangt. Bedeutet dies umgekehrt den Abbruch der Beziehungen mit den USA, die ja beim Ministerkomitee einen Beobachterstatus haben?

Peter Schieder: Nein, die Grundsätze des Ministerkomitees und die Barrieren dort liegen in der Entscheidung der Minister. Wir als Parlamentarier setzen unsere eigenen Maßstäbe. Aber ein solcher Status beim Komitee würde ja allein dadurch abgewertet, indem bekannt wird, dass er bei der Versammlung nicht akzeptiert würde.